

Eric Linhart / Susumu Shikano (Mannheim)

Die große Koalition in Österreich: Schwierigkeiten bei der Bildung, Stabilität und Alternativenlosigkeit

Dieser Artikel untersucht die Koalitionsbildung in Österreich nach der Nationalratswahl 2006. Der Koalitionsbildungsprozess war insofern mit Schwierigkeiten behaftet, als keine der möglichen Mehrheitskoalitionen von allen der benötigten Parteien angestrebt wurde. Mit speziellem Fokus auf die große Koalition aus SPÖ und ÖVP, die sich letztendlich bildete, gehen wir den Fragen nach, inwiefern die Schwierigkeiten bei der Bildung durch die Konstellation der Politikpräferenzen der Parteien erklärbar sind, inwiefern diese Koalition ein stabiles Ergebnis darstellt und ob weitere andere Bündnisse über die rein rechnerische Mehrheit hinaus Alternativen darstellen. Wir verwenden für unsere Analyse ein koalitions-theoretisches Modell, das sowohl die Ämter- als auch die Politikmotivation der Parteien berücksichtigt. Ergebnis unserer Analyse ist, dass es keine Koalition gibt, die gemäß der hier verwendeten Koalitions-theorie eine stabile Gleichgewichtslösung darstellt, was die schwierigen Koalitionsverhandlungen erklärt. Unsere Analysen zeigen aber auch, dass die Alternativen zur großen Koalition nur unter unwahrscheinlichen Bedingungen überhaupt rationale Strategien der Parteien darstellen, so dass mangels Alternativen der großen Koalition eine gewisse Stabilität bescheinigt werden kann.

*Keywords: Koalitionsbildung, Österreich, Ämtermotivation, Politikmotivation
coalition building, Austria, office motivation, policy motivation*

1. Einleitung¹

Ähnlich wie die Bundestagswahl 2005 in Deutschland brachte die Nationalratswahl 2006 in Österreich eine für den Koalitionsbildungsprozess schwierige Situation hervor. Wie in Deutschland besteht das österreichische Parlament seitdem aus zwei großen – und nahezu gleich starken – Parteien, der SPÖ und der ÖVP, sowie drei kleineren Parteien, den Grünen, der FPÖ und dem BZÖ. Auch die Möglichkeiten für Mehrheitskoalitionen entsprechen im Wesentlichen dem deutschen Fall: Über eine Mehrheit verfügt sowohl die große Koalition aus SPÖ und ÖVP als auch jedes Bündnis bestehend aus einer der großen und zwei der kleineren Parteien.² Da die kleinen Parteien Koalitionen unter-

einander vor wie auch nach der Wahl ausschlossen, erwarteten Beobachter im Allgemeinen letztendlich die Bildung einer großen Koalition. Dennoch hatten ÖVP und SPÖ Schwierigkeiten, mit Gesprächen über eine große Koalition voranzukommen. In Österreich dauerte es mit 102 Tagen³ vergleichsweise lange von der Nationalratswahl bis zur Anlobung eines Bundeskanzlers – hier Alfred Gusenbauer von der SPÖ. Neben der Dauer der Koalitionsverhandlungen sind auch Spekulationen über alternative Koalitionen und Neuwahlen ein Indiz für die Schwierigkeiten der Koalitionspartner, zueinander zu finden. Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP äußerten sich mehrfach dergestalt, dass eine große Koalition keine Lösung um jeden Preis darstelle. Beide Parteien

schlossen auch Neuwahlen nicht kategorisch aus. Darüber hinaus standen andere Koalitionen regelmäßig zur Debatte.

Von diesen Schwierigkeiten bei der Bildung der großen Koalition ausgehend, stellt sich die Frage, inwiefern diese Schwierigkeiten durch die aktuelle Konstellation der Politikpräferenzen der Parteien erklärbar sind. Ferner interessiert uns, ob andere Bündnisse als die große Koalition möglich gewesen wären – und noch sind – über die rein rechnerische Mehrheit hinaus. Darauf aufbauend lässt sich auch die Frage nach der Stabilität der aktuellen großen Koalition beantworten: Ist sie, abgesehen von Neuwahlen, zurzeit die einzig mögliche Alternative, und ist sie daher zumindest seit ihrer Bildung stabil? Oder ist ihre Existenz dadurch bedroht, dass auch andere Koalitionen möglich sind und dass entweder die SPÖ oder die ÖVP (oder auch beide) Anreize besitzen, aus der großen Koalition auszusteigen und eine solche Alternativkoalition zu bilden?

Von neueren Koalitionstheorien ausgehend, die sowohl eine Ämtermotivation als auch eine Politikmotivation⁴ der Parteien berücksichtigen (vgl. Austen-Smith/Banks 1988; Baron/Diermeier 2001; Sened 1995; 1996; Schofield/Sened 2006), untersuchen wir die Handlungsanreize der fünf im Parlament vertretenen Parteien im Koalitionsbildungsprozess. Hierfür fassen wir zunächst unsere theoretischen Überlegungen zusammen, auf denen die Analyse ba-

siert, und skizzieren die empirischen Gegebenheiten für Österreich nach den Wahlen von 2006. Hierfür schätzen wir die Politikpositionen der relevanten Parteien ab und erörtern die politische Konstellation. Im Anschluss daran folgt die eigentliche Analyse, bei der die verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten aus Sicht der Parteien entscheidungs- und spieltheoretisch beurteilt werden und – auf diese Analyse aufbauend – die oben aufgeworfenen Fragen nach der Stabilität der aktuellen großen Koalition und möglichen Alternativen zu ihr behandelt werden.

2. Empirischer Hintergrund und theoretische Vorüberlegungen

2.1. Österreich nach der Nationalratswahl 2006: Empirischer Hintergrund

Vor koalitionstheoretischen Betrachtungen nach einer Wahl ist es zunächst notwendig, den Blick auf die empirischen Gegebenheiten zu richten. Hier sind vor allem zwei Fakten relevant:

1. Das Wahlergebnis und die daraus resultierende Sitzverteilung
2. Die Positionierung der Parteien im Politikraum.⁵

Tabelle 1 fasst zunächst Wahlergebnis und Sitzverteilung zusammen.

Tabelle 1: Ergebnisse der österreichischen Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006

Partei	Stimmen (abs.)	Stimmen (in %)	Sitze (abs.)	Sitze (in %)	Einfach- gewichte
SPÖ	1 663 986	35.34	68	37.2	2
ÖVP	1 616 493	34.33	66	36.1	2
Grüne	520 130	11.05	21	11.5	1
FPÖ	519 598	11.04	21	11.5	1
BZÖ	193 539	4.11	7	3.8	1
sonstige	194 535	4.13	–	–	–
Summe (Mehrheit)			183 (92)	100 (>50)	7 (4)

Quelle: Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich (Internet: www.bmi.gv.at), eigene Berechnungen.

Es ist zu erkennen, dass aus den Wahlen zwei etwa gleichstarke große Parteien (SPÖ und ÖVP) hervorgingen, zwei etwa gleichstarke kleinere Parteien (Grüne und FPÖ) sowie eine Partei, die die 4%-Hürde nur äußerst knapp überschreiten konnte (BZÖ). Alle weiteren Wahlbewerber verfehlten den Einzug ins Parlament. Während anhand des Wahlergebnisses und der Sitzverteilung deutliche Unterschiede zwischen Grünen und FPÖ einerseits und BZÖ andererseits erkennbar sind, weisen die Einfachgewichte (vgl. Fishburn/Brams 1996) darauf hin, dass für die Bildung von Mehrheitskoalitionen alle drei kleineren Parteien gleichberechtigt zu betrachten sind: Das Mehrheitskriterium erfüllen alle Bündnisse, die entweder beide große Parteien oder mindestens eine der großen und zwei der kleineren Parteien beinhalten. Es gibt somit genau sieben minimale Gewinnkoalitionen (vgl. Von Neumann/Morgenstern 1944): SV, SGF, SGB, SFB, VGF, VGB und VFB.⁶

Rein politikblinde Betrachtungen sind für eine Analyse der Koalitionsbildung in Österreich unserer Meinung nach unterkomplex, aus diesem Grunde befassen wir uns im nächsten Absatz mit der Abschätzung der signalisierten Positionen der fünf im Parlament vertretenen Parteien und verorten diese im Politikraum. Hierfür nehmen wir für Österreich einen im Wesentlichen zweidimensionalen Politikraum mit den beiden Hauptdimensionen ‚Wirtschaft‘ (die auch Finanzpolitik und soziale Fragen beinhaltet) und ‚Gesellschaft‘ (die neben der gesellschaftspolitischen Grundeinstellung auch Haltungen zu innen- und justizpolitischen Fragen umfasst).

Um die Politikposition der einzelnen Parteien zu identifizieren, wird standardmäßig auf den CMP (*Comparative Manifesto Project*)-Datensatz zurückgegriffen (Klingemann et al. 2007). Die CMP-Daten werden durch die Verschlüsselung der Wahlprogramme (Manifestos) gewonnen, aus denen Idealpositionen von Parteien im Politikraum abgeschätzt werden können. Für solche Wahlen, bei denen (noch) keine Verschlüsselungen vorliegen, wie der hier untersuchten österreichischen Wahl 2006, eignet

sich eine neue Technik, *wordscore*, die von Laver und Kollegen vorgeschlagen wurde (Laver et al. 2003). Dieses computer-unterstützte inhaltsanalytische Verfahren greift direkt auf die Volltexte der Wahlprogramme sowie für frühere Wahlen bereits ermittelte Parteipositionen zurück. Um die Positionen von Parteien mit dieser Technik abzuschätzen, benötigt man außer den zu analysierenden Wahlprogrammen (Virgintexte, hier die Wahlprogramme bei der Wahl 2006) auch andere Wahlprogramme (Referenztexte), deren Positionen (Referenzpositionen) auf einer a priori angenommenen ideologischen Dimension bekannt sind. Anhand der Referenztexte und der Referenzpositionen wird zunächst allen dort verwendeten Wörtern jeweils ein Positionswert (*wordscore*) zugeordnet. Diese Werte werden auf die Wörter im Virgintext übertragen, woraus die Verteilung der Positionswerte für die einzelnen Virgintexte ermittelt werden kann. Diese Methode besitzt vor allem zwei Vorzüge: Zum einen wurde sie bewusst zur Identifizierung von Parteipositionen anhand von Wahlprogrammen entwickelt und ist daher zur Bearbeitung der Problemstellung in höchstem Maße angemessen. Zum anderen ist hier im Gegensatz zu anderen inhaltsanalytischen Methoden (einschließlich der Datengenerierung nach der Methode des CMP-Projekts) die übliche aufwändige Verschlüsselungsarbeit der Wahlprogramme nicht notwendig.

Um die Positionen der österreichischen Parteien bei der Wahl 2006 mit dieser Technik zu ermitteln, benutzen wir neben den Wahlprogrammen der Wahl 2006 als Virgintexte die Referenztexte und -positionen der Nationalratswahl 2002. Die Positionen der österreichischen Parteien im Politikraum für die 2002er Wahl wiederum beruhen auf der oben genannten Methode der CMP-Daten. Aus diesen verfügbaren Daten werden die Positionen der damaligen österreichischen Parteien durch ein faktoranalytisches Verfahren nach Pappi/Shikano (2004) bzw. Debus (2005) ermittelt. Dieses Verfahren setzt a priori die Bedeutung der zu extrahierenden Dimensionen auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik fest, was dem von uns an-

genommen Politikraum entspricht. Diese Positionen werden als Referenzscore in der *wordscore*-Analyse verwendet.⁷ Hierbei ist erwähnenswert, dass das Fehlen des Referenztexts bzw. der Referenzposition des erst nach der Wahl 2002 gegründeten BZÖ kein Problem darstellt. Die *wordscores* werden nicht getrennt für einzelne Parteien, sondern gleichzeitig für alle Parteien berechnet und können auf jeden beliebigen Virgintext übertragen werden. Alle für 2006 geschätzten Positionen einschließlich der des BZÖ beruhen somit auf den *wordscores*, die aus allen Programmen (von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen) der Wahl 2002 resultieren. Tabelle 2 fasst die Ergebnisse zusammen; Abbildung 1 skizziert den Politikraum.

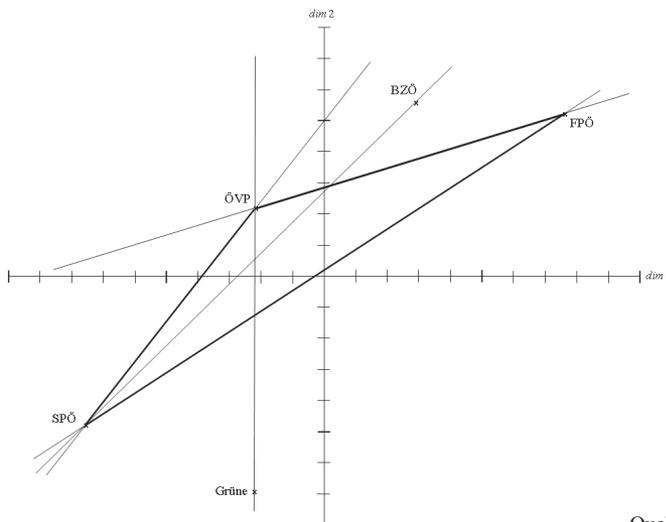
Abbildung 1 verdeutlicht die Angemessenheit der Annahme eines zweidimensionalen Politikraums, da die Parteien in den beiden Politikdimensionen durchaus unterschiedliche Konstellationen bilden. Wirtschaftspolitisch ist die SPÖ am weitesten links positioniert, Grüne und ÖVP nehmen etwa die gleiche Position ein. Moderat rechts findet sich das BZÖ wieder, während die FPÖ wirtschaftspolitisch den rechten Rand bildet. Gesellschaftspolitisch hingenen positionieren sich die Grünen am weitesten links, die SPÖ nimmt eine moderat linke Position ein. ÖVP, FPÖ und BZÖ positionieren sich – von moderat nach rechts aufgelistet – gesellschaftspolitisch in der rechten Hälfte des Politikraums. Wir weisen an dieser Stelle dar-

Tabelle 2: Verortung der österreichischen Parteien im Politikraum gemäß ihren Wahlprogrammen von 2006

Politikdimension	SPÖ	ÖVP	Grüne	FPÖ	BZÖ
Wirtschaft (dim 1)	-.7558	-.2203	-.2205	.7654	.2885
Gesellschaft (dim 2)	-.4769	.2199	-.6894	.5227	.5592

Quelle: eigene Berechnungen.

Abbildung 1: Die Positionierung der österreichischen Parteien im Politikraum vor der Wahl 2006



Quelle: eigene Darstellung.

auf hin, dass die Ergebnisse unserer Abschätzung der Parteipositionen im Einklang mit der Literatur über das Parteiensystem Österreichs stehen (vgl. vor allem Jenny 2006, 317, und ergänzend für das BZÖ Luther 2006, 376ff.).

Für einen ersten Überblick sind in Abbildung 1 zusätzlich die Medianlinien sowie die Zyklusmenge eingezeichnet. Eine Medianlinie ist eine durch mindestens zwei Parteien verlaufende Linie, die den Politikraum in zwei Halbräume teilt, so dass die Parteien in keinem der Halbräume ohne die Beteiligung der Parteien auf der Linie eine Mehrheit haben. Die Zyklusmenge ist der Bereich, der vollständig von Medianlinien umschlossen ist. Nach dem Modell Schofield's (1993) wird die Bildung einer der Koalitionen vorausgesagt, die die Zyklusmenge von außen begrenzt. Anhand von Abbildung 1 ist hier schon erkennbar, dass drei der sieben minimalen Gewinnkoalitionen eine besondere Rolle einnehmen, da sie von außen an die Zyklusmenge angrenzen und insofern prädestiniert sind, andere Koalitionen zu bedrohen (vgl. Linhart 2006). Dies sind die große Koalition am linken Rand der Zyklusmenge, eine rechte Koalition bestehend aus ÖVP, FPÖ und BZÖ am oberen Rand sowie eine SPÖ-Grüne-FPÖ-Koalition an der Süd-Ost-Seite der Zyklusmenge. Interessanterweise sind dies exakt die drei Koalitionen, die in der österreichischen Öffentlichkeit am stärksten im Vordergrund standen: die große Koalition als tatsächliches Resultat der Koalitionsverhandlungen, das rechte Bündnis, das als mögliche Option des ehemaligen Kanzlers Schüssel galt, und ein Bündnis der bisherigen Oppositionsparteien, das vor allem durch ein einheitliches Stimmverhalten gegen die bisherige ÖVP-BZÖ-Regierung auffiel. Gerade bei diesem Bündnis wird deutlich, dass es zwar von außen an die Zyklusmenge angrenzt, dass aber die beteiligten Parteien vergleichsweise weit voneinander im Politikraum entfernt sind (vor allem FPÖ und SPÖ bzw. FPÖ und Grüne), was den Eindruck verstärkt, dass dieses Bündnis zwar eine gemeinsame destruktive Politik betreiben könnte, indem es eine ÖVP-BZÖ-Politik verhindert, aber sehr wahrscheinlich Schwierigkeiten hätte, konstruk-

tiv eigene gemeinsame Politikvorschläge zu formulieren.

Ferner sind zwei weitere Beobachtungen festzuhalten: Erstens gibt es keinen Kern in dieser Konstellation,⁸ d.h. alle Koalitionen sind bestenfalls vergleichsweise, aber nie absolut gesehen, stabil. Zweitens deutet sich hier bereits eine Schwierigkeit bei Verhandlungen über eine große Koalition an, den Führungsanspruch betreffend: Während mit dem einseitigen Blick auf Wahlergebnis und Sitzverteilung die SPÖ stärkste Kraft ist und daher die Führung innerhalb einer großen Koalition beansprucht, zeigt Tabelle 2 (respektive Abbildung 1), dass die ÖVP ein Median hinsichtlich beider Politikdimensionen ist, während die SPÖ eher eine Randposition in der Parteienkonstellation einnimmt, was der ÖVP einen strategischen Vorteil verschafft.

Ob diese ersten Eindrücke einer koalitions-theoretischen Analyse standhalten, wird sich im übernächsten Abschnitt zeigen.

2.2. Koalitionstheoretische Betrachtungen:

Parteien als rationale Nutzenmaximierer

Während ältere Koalitionstheorien danach unterschieden werden können, ob sie den Parteien als einheitlich handelnden, rationalen Akteuren ausschließlich eine Ämtermotivation unterstellen (vgl. die Literatur von Riker 1962 bis z.B. Schofield/Laver 1985) oder ob sie das Zustandekommen von Koalitionen von der Nähe der Parteien untereinander im Politikraum abhängig machen (vgl. die Übersicht bei Laver/Schofield 1990),⁹ berücksichtigen neuere Theorien die Möglichkeit, dass beide Arten von Motivation für Parteien eine Rolle spielen (etwa Austen-Smith/Banks 1988; Schofield/Sened 2006). Vor allem Sened (1995; 1996) und Schofield/Sened (2006) berücksichtigen in ihren Theorien, dass Parteien in unterschiedlichem Maße ämter- bzw. politikmotiviert sein können. Dies impliziert auch die theoretische Möglichkeit rein ämter- oder politikmotivierter Parteien. Formal bedeutet das, dass eine Partei i eine Koalition C sowohl hinsichtlich eines Ämternutzens $u_i^{off}(C)$ bewertet als auch hinsichtlich

eines Politiknutzens $u_i^{pol}(C)$. $u_i^{off}(C)$ wird dabei als relativer Anteil an Ämtern, den eine Partei i sich in der Koalition C sichern kann, konzipiert. Für die Abschätzung des Politiknutzens modelliert Sened die Koalitionsbildung als zweistufigen Prozess, indem er nach dem eigentlichen Koalitionsspiel die Stufe des legislativen Entscheidens berücksichtigt. Von einem räumlichen Modell (Downs 1957) ausgehend, lassen sich sowohl der signalisierte Idealpunkt y_i jeder Partei i als auch die erwartete Politik $x(C)$, die eine Koalition C betreibt, im Politikraum verorten.¹⁰ Der Politiknutzen $u_i^{pol}(C)$ resultiert dann aus der negativen (quadrierten) Distanz dieser Politik $x(C)$ zur eigenen Politikposition y_i . Ferner geht Sened von additiv separablen Nutzenfunktionen aus, so dass der Gesamtnutzen u_i einer Partei i an einer Koalition C beschrieben werden kann durch

$$\begin{aligned} u_i(C) &= \alpha_i u_i^{off}(C) + \beta_i u_i^{pol}(C) \\ &= \alpha_i u_i^{off}(C) - \beta_i \|x(C) - y_i\|^2 \\ &\text{mit } (\alpha_i, \beta_i \geq 0, \alpha_i + \beta_i = 1), \end{aligned}$$

wobei α_i und β_i die parteispezifischen Gewichtungen beschreiben, zu denen i ämter- bzw. politikmotiviert ist. Parteien mit $\beta_i=0$ sind rein ämtermotiviert; Parteien mit $\alpha_i=0$ sind rein politikmotiviert.¹¹

Diese Darstellung gibt Seneds Koalitionstheorie insofern verkürzt wider, als zwei Annahmen integriert wurden: Erstens wurde davon ausgegangen, dass jeder Partei i durch jede Koalition C ein unveränderlicher Ämternutzen $u_i^{off}(C)$ entsteht; zweitens beinhaltet die obige Formel, dass ein Politikergebnis x vollständig durch die Bildung einer Regierungskoalition C determiniert ist. In der Realität gibt es hingegen sowohl Verhandlungsspielraum für die Koalitionsparteien hinsichtlich der Ämteraufteilung als auch in Bezug auf die genaue Ausgestaltung von Politik im legislativen Prozess. An der ersten Annahme halten wir dennoch fest, da die proportionale Aufteilung der Ministerposten (Gamson-Regel, vgl. Gamson 1961) empirisch so überzeugend zu beobachten ist, dass sie als allgemeingültige Norm angenommen werden kann.¹² Kleinere Abweichungen von dieser Norm sollten keine relevante Rolle spielen. Die Unsicherheit über Politikergebnisse hingegen ist

bei dem Kalkül der Parteien zu berücksichtigen. Sened (1995; 1996) bzw. Schofield/Sened (2006) antizipieren den legislativen Prozess, indem sie davon ausgehen, dass – gegeben C als Ergebnis des Koalitionsbildungsprozesses – einige Politikergebnisse wahrscheinlicher und andere unwahrscheinlicher sind. Bezeichnet O den Raum aller möglichen Politikergebnisse, kann somit in Abhängigkeit von C eine Wahrscheinlichkeitsfunktion π_C postuliert werden, die jedem möglichen Politikergebnis $x \in O$ die Wahrscheinlichkeit seines Eintreffens $\pi_C(x)$ zuordnet.¹³ Unter Berücksichtigung dieser Unsicherheit und unter Annahme von risikoneutralen Akteuren ergibt sich der (Erwartungs-) Nutzen einer Partei i über eine Koalition C als $u_i(C) = \alpha_i u_i^{off}(C) - \beta_i \int_{x \in O} (\pi_C(x) \|x - y_i\|^2) dx$.

Für die genauere Spezifizierung werden Konzepte legislativen Entscheidens herangezogen, etwa das *uncovered set* (Sened 1996, Gianetti/Sened 2004, basierend auf Shepsle/Weingast 1984), der strukturell stabile Kern (ebenfalls Sened 1996, basierend auf Schofield 1986) oder das *political heart* (Schofield/Sened 2006, basierend auf Schofield 1993), wobei die entsprechenden Autoren annehmen, dass alle Ergebnisse innerhalb der entsprechenden Lösungsmenge gleich wahrscheinlich sind und alle Ergebnisse außerhalb der Lösungsmenge ausgeschlossen. Bezeichnet man die jeweilige Lösungsmenge für legislative Entscheidungen mit L_C und akzeptiert die dieser Logik zugrundeliegende Wahrscheinlichkeitsfunktion, so kann die Nutzenfunktion weiter spezifiziert werden als $u_i(C) = \alpha_i u_i^{off}(C) - \beta_i \int_{x \in L_C} \|x - y_i\|^2 dx / \|L_C\|$.

Diese Nutzenfunktion gilt ausschließlich für an Regierungskoalitionen beteiligte Parteien. Koalitionen, an denen i nicht beteiligt ist, werden mit $u_i(C) = 0$ bewertet, was inhaltlich der Tatsache Rechnung trägt, dass Oppositionsparteien keine Regierungsämter besetzen, aus denen sie einen Nutzen ziehen können, aber dafür auch nicht von ihren Wählern für die Politikergebnisse der Regierung verantwortlich gemacht werden.

Kritisch anzumerken ist an dieser Stelle im Wesentlichen die Wahl der Lösungskonzepte legislativen Entscheidens (vgl. Linhart 2006):

Entgegen dem Gesamtmodell, in dem das Ergebnis des Koalitionsbildungsprozesses das legislative Spiel beeinflusst, sind die oben genannten Konzepte legislativen Entscheidens unabhängig von der regierenden Koalition. Somit ist auch fraglich, inwiefern Regierungs- und Oppositionsparteien in unterschiedlicher Weise für Politikergebnisse verantwortlich gemacht werden können. Wir fordern daher bei der Antizipation des legislativen Spiels ein Konzept, das direkt vom Ergebnis der Koalitionsbildung beeinflusst wird. Davon ausgehend, dass sich Regierungsparteien zumindest auf Lösungen einigen können, die für sie pareto-optimal sind, halten wir die Paretomenge P_C einer Koalition C für ein angemessenes Konzept, das gleichermaßen den Einfluss einer Regierung auf die legislative Entscheidung wie die Unsicherheit über den Ausgang des legislativen Spiels auf der Stufe des Koalitionsbildungsprozesses reflektiert.

Von rationalen Akteuren ausgehend, können für jede Koalition zwei Kriterien aufgestellt und überprüft werden, die die Wahrscheinlichkeit ihres Zustandekommens beschreiben. Da rationale Parteien die Opposition (Nutzenbewertung von 0) einer Koalition vorziehen, die sie insgesamt negativ bewerten, ist nicht zu erwarten, dass sich Koalitionen bilden, die von einem oder mehrerer ihrer Mitglieder negativ bewertet werden. Ein notwendiges Kriterium für jede potenzielle Regierungskoalition C^* ist somit, dass sie von all ihren Mitgliedern neutral oder positiv bewertet wird (Gewinnkriterium bei Sened):

$$u_i(C^*) \geq 0$$

für alle $i \in C^*$.

Hinreichendes Kriterium für das Entstehen einer Koalition ist, dass sie all ihren Mitgliedern den höchstmöglichen Nutzen verspricht. Bezeichnet N die Menge aller Parteien und $2^N \setminus \emptyset$ folglich die Menge aller möglichen Koalitionen, lautet das hinreichende Kriterium (bei Sened Unverwundbarkeit) somit:

$$u_i(C^*) \geq u_i(C) \text{ für alle } i \in C^*$$

und für alle $C \in 2^N \setminus \emptyset$.

Die Bezeichnung ‚hinreichend‘ ist insofern nicht völlig korrekt, als durch die Annahme

schwacher Präferenzen mehrere Koalitionen existieren können, die das hinreichende Kriterium erfüllen können, weshalb die Entstehung einer Koalition nicht gesichert ist, auch wenn sie dieses hinreichende Kriterium erfüllt. Wissenschaftlich richtig ist hingegen, dass die Bildung jeder Koalition, die dieses Kriterium erfüllt, ein Gleichgewicht hinsichtlich der Strategien der einzelnen Parteien darstellt, da keine der relevanten Parteien einen Anreiz besitzt, aus dieser Koalition auszutreten und/oder eine andere Koalition zu bilden.

Im analytischen Teil dieses Aufsatzes beurteilen wir die Stabilität der aktuellen großen Koalition in Österreich, indem wir sie und ihre Alternativen hinsichtlich des notwendigen und des Gleichgewicht-Kriteriums untersuchen.

3. Zwischen großer Koalition und Drei-Parteien-Bündnissen: Strategien und Bewertungen der im Parlament vertretenen Parteien

Bevor wir uns in diesem Abschnitt mit den Strategien der Parteien bei der Koalitionsbildung aus Sicht von Seneds Koalitionstheorie beschäftigen, skizzieren wir zunächst die Bewertungen der Parteien unter den Annahmen, dass sie keine gemischte Motivation besitzen, sondern entweder rein ämter- oder rein politikorientiert sind. Diese Vorarbeit erlaubt es später herauszuarbeiten, wo beide Arten der Motivation in einem Spannungsfeld zueinander stehen und wo sie konvergent verlaufen.

3.1. Parteien als reine Streber nach Ämtern

Fasst man Parteien als reine Streber nach Ämtern auf (d.h. $\beta_i = 0$ für alle i), reduziert sich die Koalitionstheorie Seneds auf Gamsons (1961) politikblinde Theorie, dass sich die Mehrheitskoalition mit der kleinsten Mehrheit bildet (siehe auch Riker 1962). Dies resultiert daraus, dass jede Partei bestrebt ist, die Gesamtstärke ihrer Koalitionspartner möglichst niedrig zu halten, um selbst relativ gesehen mehr Gewicht in die Koalition einzubringen (siehe

Tabelle 3: Bewertungen der Koalitionen durch die Parteien anhand der reinen Ämtermotivation

	SV	SGF	SGB	SFB	VGF	VGB	VFB
S	.5075	.6182	.7083	.7083	.	.	.
V	.49256111	.7021	.7021
G	.	.1909	.2188	.	.1944	.2234	.
F	.	.1909	.	.2188	.1944	.	.2234
B	.	.	.0729	.0729	.	.0745	.0745

Quelle: eigene Berechnungen.

auch Machtüberschusstheorie von Van Deemen 1997). Tabelle 3 zeigt die Nutzenwerte der österreichischen Parteien für die jeweiligen Koalitionen unter der Voraussetzung, dass die proportionale Aufteilung tatsächlich einer informellen Regel entspricht, und dass der Ämternutzen direkt der relativen Ämteraufteilung entspricht. Die Werte bestätigen die oben getroffenen Aussagen, wobei Grüne und FPÖ hier aufgrund ihrer gleichen Anzahl an Mandaten durch die übrigen Parteien als Koalitionspartner gleich bewertet werden. Es gibt somit zwei Gewinnkoalitionen mit minimaler Anzahl an Sitzen: VGB und VFB.

Um die möglichen Koalitionen näher zu beschreiben: Die große Koalition stellt für beide großen Parteien die jeweils schlechteste ihrer Alternativen dar. Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP halten mehr Mandate als zwei der kleineren Parteien zusammen, so dass für die jeweils andere Partei eine Koalition ohne die andere große Partei vorzuziehen ist. Von diesen Drei-Parteien-Koalitionen sind diejenigen besonders erstrebenswert, an denen das BZÖ beteiligt ist.

Für FPÖ, BZÖ und Grüne sind jeweils die Bündnisse mit der ÖVP gegenüber denen mit

der SPÖ vorzuziehen, da die SPÖ aufgrund ihrer Stärke mehr Ämter einfordern kann als die ÖVP. Analog sollten die Grünen (die FPÖ) eine Koalition mit dem BZÖ anstatt mit der FPÖ (den Grünen) präferieren, wohingegen es für das BZÖ keine Rolle spielt, ob die Grünen oder die FPÖ als dritte Partei an einer Koalition beteiligt sind. Folglich entsprechen beide Gewinnkoalitionen mit minimaler Sitzzahl dem Zusammentreffen von Ämternutzen maximierenden Strategien (fett markiert) und bilden Gleichgewichtslösungen.

3.2. Parteien auf der Suche nach Bündnispartnern mit ähnlicher Politikvorstellung

Konzipiert man die Parteien hingegen als rein politikorientiert (d.h. $\alpha_i=0$ für alle i), erhält man erwartungsgemäß andere Lösungen. Tabelle 4 fasst die Nutzenbewertungen rein politikmotivierter Parteien zusammen. Grundlage ist die Operationalisierung der Nutzenfunktion wie oben beschrieben, also als Erwartungsnutzen über ein in der jeweiligen Paretomenge der Koalition liegendes legislatives Politikergebnis.¹⁴

Tabelle 4: Bewertungen der Koalitionen durch die Parteien anhand der reinen Politikmotivation

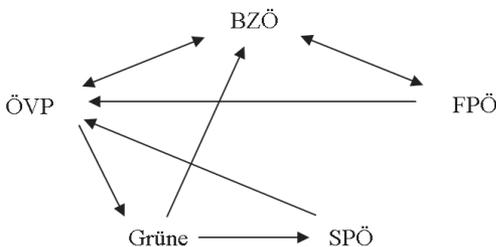
	SV	SGF	SGB	SFB	VGF	VGB	VFB
S	-.129	-.354	-.236	-.675	.	.	.
V	-.129	.	.	.	-.135	-.074	-.170
G	.	-.209	-.179	.	-.364	-.315	.
F	.	-.705	.	-.353	-.404	.	-.146
B	.	.	-.484	-.161	.	-.240	-.031

Quelle: eigene Berechnungen.

Zunächst ist hier erwähnenswert, dass es keine Koalition gibt, die von allen an ihr beteiligten Parteien am stärksten präferiert wird: Die große Koalition würde von einer rein politikmotivierten SPÖ angestrebt, ein rot-grün-oranges Bündnis von den Grünen, die VGB-Koalition von der Volkspartei und die ‚rechte‘ Koalition von der FPÖ und dem BZÖ, nicht aber von der ÖVP. Ein Verhandlungsspiel über Koalitionen kann somit als teilzyklisch interpretiert werden: Beginnend bei FPÖ und BZÖ, die versuchen könnten, die ÖVP als Partner zu gewinnen, wäre diese wiederum bestrebt, die Grünen einzubinden. Diese allerdings bevorzugen unter den hier gegebenen Annahmen eine Koalition unter SPÖ-Führung, wohingegen die SPÖ eine große Koalition zu bilden versucht. Abbildung 2 skizziert die Strategien rein politikmotivierter Parteien beim Werben um Bündnispartner. Ein Pfeil, der von einer Partei *A* ausgeht und bei einer Partei *B* endet, bedeutet, dass Partei *B* Mitglied in der von Partei *A* meistpräferierten Koalition ist.

Auffällig ist hierbei vor allem die strategisch günstige Rolle der Volkspartei: Drei der vier übrigen Parteien suchen gemäß der Modellierung eine Koalition mit ihr, was offensichtlich an der oben bereits erwähnten zentralen Position der ÖVP liegt. Gerade das Werben der ÖVP um die Grünen wird allerdings nicht erwidert, während die SPÖ allein von den Grü-

Abbildung 2: Präferenzbeziehungen der Parteien untereinander im Hinblick auf Koalitionsabsichten gemäß einer reinen Politikmotivation



Quelle: eigene Darstellung.

nen als Partner gewünscht wird. Bemerkenswert ist weiterhin eine Hohe Dichte von – auch bestätigten – Pfeilen in der oberen Hälfte der Grafik, was auf gute Chancen einer rechten Koalition schließen lässt. Einzig die ÖVP hat *ceteris paribus* kein Interesse an einer Koalition mit der FPÖ; eine VFB-Koalition steht an letzter Stelle im Präferenzprofil der Volkspartei. Zusammenfassend bleibt hier festzuhalten, dass rein politikmotivierten Parteien im Gegensatz zu rein ämtermotivierten keine Koalition in Österreich bilden können, die eine Gleichgewichtslösung darstellt.

3.3. Parteien im Spannungsfeld zwischen Ämter- und Politikmotivation – mögliche und favorisierte Koalitionen

Vergleicht man die Tabellen 3 und 4, so lassen sich zwischen der Ämter- und der Politikmotivation von Parteien sowohl Kongruenzen als auch Gegensätze feststellen, mit deren Auflistung wir diesen Teilabschnitt beginnen. Kongruenzen sind folgende:

- Bündnisse, die sowohl Grüne als auch FPÖ beinhalten, sind von keiner der Parteien erwünscht. Beide Parteien bevorzugen eine Koalition unter Einbindung des BZÖ.¹⁵
 - Sowohl die FPÖ als auch das BZÖ präferieren eine Koalition unter ÖVP-Führung.
 - (Mit) an erster Stelle des Präferenzprofils der ÖVP steht eine Koalition zusammen mit Grünen und BZÖ.
- Die relevantesten Unterschiede sind, dass je nach Motivationstyp
- die Sozialdemokraten eine große Koalition oder ein Dreierbündnis anstreben,
 - die Grünen eine Koalition unter ÖVP- oder unter SPÖ-Führung präferieren,
 - das BZÖ eine Einbindung der Grünen akzeptiert oder nicht, und
 - die Volkspartei unterschiedlich zu einer Koalition mit der FPÖ steht.

Während also einige der Koalitionen ausgeschlossen werden können (SGF und VGF), da sie weder der Ämter- noch der Politik-

motivation der Parteien genügen, stehen andere Bündnisse direkt im Spannungsfeld zwischen beiden Motivationstypen und hängen von den Graden (α_i, β_i) ab, zu denen die entsprechenden Parteien ämter- bzw. politikorientiert sind.

3.3.1. Mögliche Koalitionen unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Ämter- und Politikmotivation

Die Auslotung dieses Spannungsfelds ist eine Aufgabe, der wir uns später widmen. Zunächst stellt sich eine andere Frage, nämlich die, wann welche Koalitionen überhaupt möglich sind, wobei mit möglich die Erfüllung des notwendigen Kriteriums ($u_i(C) \geq 0$ für alle $i \in C$) gemeint ist, also die Frage, ob die Ämter als Seitenzahlungen in einem Bündnis ausreichen können, um den notwendigen Politikkompromiss zu kompensieren. Mit anderen, formalen Worten gesprochen: Es ist für jede Koalition und für jede an ihr beteiligte Partei der Grad an Ämterorientierung α_i zu identifizieren, der mindestens nötig ist, damit eine Partei durch diese Koalition einen positiven Nutzen erwartet und nicht die Opposition dieser Regierungsbeteiligung vorzieht.¹⁶ Tabelle 5 listet diese minimalen Grade an Ämterorientierung auf.

Zunächst mit Fokus auf die ÖVP bleibt festzuhalten, dass sie grundsätzlich durch jede Koalitionsbeteiligung besser gestellt sein sollte als durch den Gang in die Opposition, sofern sie nicht extrem politikmotiviert ($\beta_{\text{ÖVP}}$ etwa größer als .8) ist. Bei ausgeglichenem Verhältnis

von Ämter- und Politikmotivation sind auch für die SPÖ alle von ihr mitgetragenen Koalitionen für sie wünschenswert. Die Koalitionen mit FPÖ-Beteiligung sind für die SPÖ allerdings nicht erstrebenswert, falls sie nur zu einem geringen Teil ämterorientiert ist ($\alpha_{\text{SPÖ}} < .364$ für die SGF-Koalition bzw. $\alpha_{\text{SPÖ}} < .488$ für die SFB-Koalition).

Für beide großen Parteien SPÖ und ÖVP gilt, dass sie in allen Koalitionen, an denen sie beteiligt sind, einen relativ hohen Ämteranteil halten und damit auch bei relativ hoher Politikmotivation einen Nutzenverlust im Politikanteil kompensieren können. Die kleinen Parteien hingegen müssen Politiknutzenverluste in ähnlichem Maße ausgleichen, allerdings mit weniger Ämtern, die sie erhalten. Um überhaupt einen Anreiz zur Teilnahme an Koalitionen zu besitzen, muss die kleine Partei somit entweder sehr stark ämter- und sehr wenig politikmotiviert sein oder die potenziellen Koalitionspartner müssen aus ihrer Sicht sehr günstig im Politikraum positioniert sein, so dass nur ein geringer Politiknutzenverlust durch diese Koalition entsteht. Tabelle 5 zeigt, dass für die meisten Fälle bei den Drei-Parteien-Koalitionen diese günstige Positionierung im Politikraum nicht zutrifft und daher hohe Grade an Ämtermotivation für die kleinen Parteien nötig sind, damit diese tatsächlich eine Regierungsbeteiligung der Opposition vorziehen. Am geringsten sind diese minimalen α -Werte noch für die Grünen: Sie haben bereits Anreize für Regierungsbeteiligungen, wenn ihre Ämter- und Politikmotivation ungefähr ausgeglichen sind (oder die Ämtermotivation höher ist als die Politik-

Tabelle 5: Minimale Grade an Ämterorientierung zur Erfüllung des notwendigen Kriteriums

	SV	SGF	SGB	SFB	VGf	VGB	VFB
S	.202	.364	.250	.488	.	.	.
V	.207180	.096	.195
G	.	.522	.449	.	.652	.585	.
F	.	.787	.	.617	.675	.	.395
B	.	.	.869	.688	.	.763	.294

Quelle: eigene Berechnungen.

motivation). Die FPÖ müsste – auch bedingt durch ihre Lage am Rand des Politikraums – bereits deutlich stärker ämterorientiert sein, um in eine Koalition einzutreten. Allein die rechte VFB-Koalition ist für sie auch bei relativ geringer Ämtermotivation ab $\alpha_{FPÖ}=.395$ attraktiv. Das BZÖ wiederum liegt zentraler im Politikraum als die FPÖ, hat dafür aber noch geringere Ämteranteile bei Koalitionsbeteiligungen zu erwarten. Nimmt man an, dass das BZÖ nicht sehr stark ämtermotiviert ist, bleibt für es ebenso nur die rechte Koalition als Alternative.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass für die beiden großen Parteien mehr oder weniger¹⁷ alle Koalitionsbeteiligungen gegenüber einer Nichtbeteiligung präferiert werden, während die kleineren Parteien die meisten der Koalitionsbeteiligungen eher ablehnen sollten, sofern sie nicht deutlich stärker ämter- als politikmotiviert sind.

3.3.2. Meistpräferierte Koalitionen der Parteien in Abhängigkeit ihrer Ämter- und Politikmotivation

Nachdem im vorigen Teilabschnitt das notwendige Kriterium näher beleuchtet wurde, untersuchen wir jetzt das ‚hinreichende‘ Gleichgewicht-Kriterium. Wir befassen uns also mit der Frage, welche Option für welche Partei die meistpräferierte ist in Abhängigkeit ihrer Rela-

tion an Ämter- und Politikmotivation und ob es eine oder mehrere Koalitionen gibt, deren Bildung für alle an ihr beteiligten Parteien eine optimale Strategie darstellt. Da gemäß der obigen Abschätzungen die Ämter- und die Politiknutzenanteile der Parteien hinsichtlich der Koalitionen bekannt sind (vgl. die Tabellen 3 und 4), stellt der Grad der Ämtermotivation α_i die einzige verbleibende Variable dar.¹⁸ Tabelle 6 fasst die Ergebnisse zusammen.

Als wichtigstes Ergebnis ist festzuhalten, dass es zwei Koalitionen gibt, die sich für bestimmte α -Werte im Gleichgewicht befinden, nämlich die VGB- und die VFB-Koalition. Allerdings gilt dies nur für den Extremfall, dass eine der Parteien vollständig ämterorientiert und überhaupt nicht politikmotiviert ist, was wir für wenig wahrscheinlich halten. Sieht man von diesem Extremfall ab, befindet sich bei dieser Konstellation keine der Koalitionen im Gleichgewicht. Die von α abhängigen Erstpräferenzen der einzelnen Parteien spiegeln das Spannungsfeld zwischen ihrer Ämter- und ihrer Politikmotivation wider: Eine sehr stark politikorientierte SPÖ lehnt jede Regierungsbeteiligung ab; in einem kleinen Bereich ($.20 < \alpha_{SPÖ} < .35$) wäre die große Koalition ihre erste Wahl; ab einem Grad der Ämtermotivation von $.35$ präferieren die Sozialdemokraten ein SGB-Bündnis am stärksten.¹⁹ Bemerkenswerterweise existieren für die anderen Parteien

Tabelle 6: Meistpräferierte Koalitionen österreichischer Parteien in Abhängigkeit ihres Grades an Ämtermotivation α

	SV	SGF	SGB	SFB	VGF	VGB	VFB
S	x		x	(x)			
	$.202 < \alpha < .349$		$\alpha > .349$	$\alpha = 1$			
V						x	(x)
						$\alpha > .096$	$\alpha = 1$
G			x			x	
			$.449 < \alpha < .967$			$\alpha > .967$	
F							x
							$\alpha > .395$
B						(x)	x
						$\alpha = 1$	$\alpha > .294$

Quelle: eigene Berechnungen.

solche Spannungsfelder nicht oder kaum. Sind sie über ein bestimmtes Mindestmaß hinaus ämterorientiert (vgl. auch Tabelle 5), so präferieren sie unabhängig vom Grad ihrer Ämtermotivation stets ein und dieselbe Koalition an erster Stelle. Für die Volkspartei ist dies eine Koalition mit Grünen und BZÖ, für die Grünen eine rot-grün-orangene Koalition, und für FPÖ und BZÖ ist jeweils die VFB-Koalition die optimale Alternative. Lediglich extrem ämtermotivierte Grüne ($\alpha_{\text{Grüne}} > .97$) würden das Werben der ÖVP erwidern.

3.3.3. Die Motivationen der Parteien als Unbekannte – Chancen für die verschiedenen Koalitionen

Im vorvergangenen Teilabschnitt haben wir die minimalen α -Werte ermittelt, für die Koalitionen das notwendige Kriterium erfüllen. Dies erlaubt eine Aussage wie „Sind alle Parteien mindestens zu einem Grad von $\alpha = .8$ ämterorientiert, so bevorzugen ÖVP, Grüne und BZÖ die Bildung einer gemeinsamen Koalition gegenüber dem Oppositionsstatus.“ Wir können also aussagen, was unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist und was nicht. Da uns die tatsächlichen Grade der Ämter- und Politikmotivation der Parteien aber unbekannt sind, können wir keine endgültige Aussage über die aktuelle Situation treffen, ohne auf solche hypothetischen Nebenbedingungen zu verweisen. Ein probabilistischer Ansatz hilft an dieser Stelle, auch ohne die exakte Kenntnis dieser Grade die Wahrscheinlichkeiten dafür abzuschätzen, dass Koalitionen das notwendige Kriterium erfüllen, dass also alle an ihr beteiligten Parteien einen Anreiz besitzen, an der Koalition zu partizipieren. Diese probabilistische Betrachtungsweise ist nicht nur aus Sicht eines Analysten hilfreich, sondern trägt auch der Tatsache Rechnung, dass den beteiligten Akteure selbst nicht unbedingt die α -Werte der übrigen Parteien bekannt sind und sie unter dieser Unsicherheit Erwartungen bilden müssen, wie realistisch die Bildung der verschiedenen Koalitionen ist. Für diese Abschätzung gehen wir a) davon aus, dass jeder Grad α an Ämterorientierung prinzipiell

eine positive Wahrscheinlichkeit besitzt und b), dass gemäßigte Relationen zwischen Ämter- und Politikmotivation, z.B. $\alpha_i = \beta_i = 0.5$, wahrscheinlicher sind als extreme. Da die Werte α_i und β_i durch das Intervall $[0,1]$ begrenzt sind, eignet sich eine symmetrische *Beta*-Verteilung der Form $Beta(y,y)(\alpha)$ ²⁰ als Wahrscheinlichkeitsfunktion $\pi(\alpha)$ (vgl. Brehm/Gates 1993; Gill 2002). Bezeichnet man formal die minimalen α -Werte aus Tabelle 5, bei denen eine Partei i zwischen der Teilnahme an einer Koalition C und der Oppositionsrolle indifferent ist, mit α_{iC}^* , so entspricht bei Unkenntnis der genauen α -Werte der Parteien die Wahrscheinlichkeit dafür, dass i 's tatsächlicher α -Wert über α_{iC}^* liegt, dem Integral über π in den Grenzen von α_{iC}^* und 1:

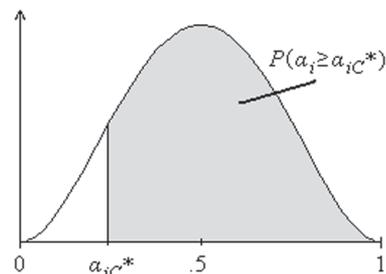
$$P(u_i(C) \geq 0) = P(\alpha_i \geq \alpha_{iC}^*) = \int_{[\alpha_{iC}^*, 1]} \pi(\alpha) d\alpha.$$

Inhaltlich entspricht dieser Wert der Wahrscheinlichkeit, dass Partei i die Teilnahme an der Koalition C besser bewertet als die Opposition. Abbildung 3 skizziert die Situation anhand der Wahrscheinlichkeitsfunktion $Beta(3,3)(\alpha)$ und eines exemplarischen Werts α_{iC}^* .

Das notwendige Kriterium für eine Koalition C ist genau dann erfüllt, wenn alle Mitglieder von C durch eine Beteiligung an C besser gestellt sind als durch die Opposition. Die Wahrscheinlichkeit, dass das notwendige Kriterium erfüllt ist, entspricht somit dem Produkt über die oben definierten Einzelwahrscheinlichkeiten:

$$P(C \text{ erfüllt das notwendige Kriterium}) = \prod_{i \in C} P(\alpha_i \geq \alpha_{iC}^*) = \prod_{i \in C} \int_{[\alpha_{iC}^*, 1]} \pi(\alpha) d\alpha.$$

Abbildung 3: Die Dichtefunktion $Beta(3,3)(\alpha)$ und ein möglicher Wert α_{iC}^*



Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle 7 gibt die Wahrscheinlichkeiten gemäß π an, dass eine Partei i das Zustandekommen einer Koalition C wünscht.²¹ Das ebenfalls angegebene Produkt über die Wahrscheinlichkeiten für die einzelnen Akteure entspricht der Wahrscheinlichkeit, dass die Koalition das notwendige Kriterium erfüllt. Für die große Koalition z.B. entspricht die Wahrscheinlichkeit, dass die SPÖ durch sie einen höheren Nutzen erhält als durch den Oppositionsstatus, der Wahrscheinlichkeit, dass $\alpha_{SPÖ} \geq .202$ (vgl. Tabelle 5), also $P(\alpha_{SPÖ} \geq .202) = .941$. Für die Volkspartei liegt dieser Wert bei .937, so dass die Wahrscheinlichkeit, dass alle Mitglieder der großen Koalition von ihr profitieren, dem Produkt beider Werte .881 entspricht. Die Wahrscheinlichkeit, dass die große Koalition das notwendige Kriterium erfüllt, liegt somit bei rund 88%. Die Wahrscheinlichkeiten der übrigen Koalitionen sind analog zu verstehen.

Tabelle 7 zeigt, dass unter Unkenntnis der exakten Grade der Ämter- und Politikmotivation der Parteien die meisten der hier möglichen minimalen Gewinnkoalitionen als äußerst unwahrscheinlich eingestuft werden müssen. Die Wahrscheinlichkeiten, dass die entsprechenden Koalitionen das notwendige Kriterium erfüllen, liegen mit Ausnahme von zwei Koalitionen alle unter 5%. Dies liegt weniger an den beiden großen Parteien, die in allen Koalitionen relativ hohe Wahrscheinlichkeitswerte aufweisen, sondern vor allem an den kleineren Parteien, für die häufig die Attraktivität bestimmter Koalitionen

nahezu komplett ausgeschlossen werden kann. Die beiden Koalitionen, deren Erfüllung des notwendigen Kriteriums mindestens mäßig wahrscheinlich ist, sind die große Koalition mit etwa 88% und die VFB-Koalition mit 55.2%. Während die Möglichkeit des Zustandekommens einer rechten Koalition somit zumindest nicht ausgeschlossen werden kann, ist die große Koalition die einzige Koalition, bei der mit einer hohen Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass sie zumindest das Minimalkriterium erfüllt, dass alle an ihr beteiligten Parteien durch sie besser gestellt sind als in der Opposition.

4. Fazit

Vor allem in Hinblick auf die meistpräferierten Koalitionen der einzelnen Parteien – bei der gleichzeitigen Berücksichtigung ihrer Ämter- und Politikmotivation – gibt es keine Koalition, die eine stabile Gleichgewichtslösung derart darstellt, dass sie die optimale Lösung für alle an ihr beteiligten Parteien ist. Alle Koalitionen, speziell auch die aktuell regierende große Koalition, stellen somit nur instabile Lösungen dar. Für beide großen Parteien, besonders für die ÖVP, sind Dreierbündnisse attraktiver als die große Koalition, was vor allem aus ihrem Ämternutzenanteil resultiert. Diese Anreize der großen Parteien zur Anstrengung von Dreierparteienkoalitionen erklären die Schwierigkeiten bei der Bildung der großen Koalition und

Tabelle 7: Wahrscheinlichkeiten für die Erfüllung des notwendigen Kriteriums

	SV	SGF	SGB	SFB	VGf	VGB	VFB
S	.941	.743	.896	.522	.	.	.
V	.937956	.992	.946
G	.	.459	.595	.	.232	.344	.
F	.	.068	.	.289	.198	.	.691
B	.	.	.018	.179	.	.090	.845
Π	.881	.023	.010	.027	.044	.031	.552

die Suche von SPÖ und ÖVP nach Alternativen. Während mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit behauptet werden kann, dass die große Koalition für die an ihr beteiligten Parteien eine bessere Lösung darstellt als der Gang in die Opposition, gilt dies für die verschiedenen Dreier-Parteien-Koalitionen so allgemein nicht. Das Streben der großen Parteien nach Koalitionen mit zwei kleinen Partnern scheiterte gemäß unserer Modellierung daran, dass sich offenbar kein solches Dreier-Bündnis finden lässt, das alle notwendigen Partner zufrieden stellt. Die Chancen für Dreierkoalitionen unter einer SPÖ-Führung sind dabei deutlich geringer als unter ÖVP-Führung: Das Zustandekommen einer VFB-Regierung kann für rationale Akteure nicht vollständig ausgeschlossen werden. Dies erklärt die intensivere Suche nach Alternativen zur großen Koalition der ÖVP im Vergleich zur SPÖ – die Sozialdemokraten besitzen quasi keine realistischen Alternativen, wohingegen die Volkspartei zumindest eine einigermaßen realistische Alternative hat. Die teilweise offene Ablehnung der Bildung einer großen Koalition von Seiten der SPÖ und der ÖVP mit der Andeutung, man müsse nicht um jeden Preis regieren und könne durchaus auch Oppositionspolitik betreiben, scheinen vor dem Hintergrund der Analyse allerdings eher taktischer Natur zu sein als den tatsächlichen Präferenzen der beiden großen Parteien zu entsprechen.

Stellt man die Frage nach der Stabilität der großen Koalition, so muss man ihr eine gewisse Stabilität bescheinigen. Diese Stabilität resultiert aber nicht aus ihrer eigenen Kraft – es bestehen für beide beteiligten Parteien deutliche Anreize, dieses Bündnis aufzukündigen – sondern vielmehr aus der Schwäche möglicher Alternativen. Die Alternativen erfüllen das Gleichgewichtskriterium ebenso wenig wie die große Koalition; zusätzlich sind die Wahrscheinlichkeiten, dass eine von ihnen überhaupt das notwendige Kriterium erfüllt, recht gering. Mangels Alternativen kann der großen Koalition somit eine gewisse Stabilität zugeschrieben werden.

Kritisch einschränkend merken wir allerdings an, dass unser Stabilitätsargument

implizit davon ausgeht, dass Alternativen zur aktuellen Regierung lediglich aus anderen Koalitionen auf Basis des aktuellen Parlaments bestehen. Dies schließt Neuwahlen und daraus resultierende Optionen aus. Berücksichtigt man Neuwahlen als weitere Alternative, so erschließen sich weitere Möglichkeiten, sowohl durch eine mögliche Neupositionierung der Parteien mittels neuer Wahlprogramme als auch durch eine neue Verteilung der Parlamentssitze. Unsere Aussage zur Stabilität der großen Koalition bezieht sich demnach nur auf den Zeitraum bis zur nächsten Wahl – unabhängig davon, ob die Wahl eine reguläre oder eine vorgezogene Parlamentswahl ist. Einen Beitrag zur Beantwortung der Frage, ob die große Koalition die gesamte Legislaturperiode über Bestand haben wird oder nicht, kann anhand von Seneds Theorie somit nicht geleistet werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Wir bedanken uns bei einem anonymen Gutachter und bei Marcelo Jenny für wertvolle Hinweise und Anregungen zu einer früheren Version des Manuskripts. Wir danken auch Marc Debus für die Bereitstellung der österreichischen Wahlprogramme.
- 2 Hinzu kommen ferner übergroße Koalitionen, die wir hier aufgrund ihrer Irrelevanz nicht diskutieren.
- 3 Die Nationalratswahl fand am 1. Oktober 2006 statt, die Anlobung des Kabinetts Gusenbauer am 11. Januar 2007.
- 4 Im Sinne von *Policy*-Motivation.
- 5 Hier wie im Folgenden in der Bedeutung von *Policy*-Raum verwendet.
- 6 Wir benennen die Koalitionen nur nach den Anfangsbuchstaben der in ihr vertretenen Parteien, um der gebotenen Knappheit an Platz gerecht zu werden. Das Akronym SGF etwa steht also für eine Koalition aus SPÖ, Grünen und FPÖ. Die ÖVP bezeichnen wir abweichend mit V anstatt Ö.
- 7 Während das Verfahren von Pappi/Shikano (2004) auf der Kovarianz-Matrix basiert, stützt sich Debus (2005) auf der Korrelationsmatrix. Die Analyse in diesem Beitrag verwendet die Variante von Pappi/Shikano (2004), wobei der Unterschied zwischen den beiden Verfahren nur minimal ist.
- 8 Der Kern entspricht der Position einer Partei, auf der sich alle Medianlinien kreuzen. Per Definition können deshalb der Kern und die Zyklusmenge nicht gleichzeitig existieren.

- 9 Hierbei spielt es keine Rolle, ob Ämter als rein private Vorteile für Parteien konzipiert werden oder als Mittel zum Zweck, um eine bestimmte Politik durchzusetzen (wie z.B. von Austen-Smith/Banks 1990 angenommen). Ebenso wenig ist relevant, ob die Politikmotivation intrinsisch bedingt ist oder als Mittel zur Begünstigung der eigenen Anhänger im Interesse der eigenen Wiederwahl dient (vgl. Carruba/Volden 2000).
- 10 Insgesamt modelliert Sened damit die Koalitionsbildung als zweistufigen Prozess, indem er nach dem eigentlichen Koalitionsspiel die Stufe des legislativen Entscheidens berücksichtigt.
- 11 Wir weisen darauf hin, dass Koalitionen sowohl positiv als auch negativ (als auch neutral) bewertet werden können, je nachdem, ob der (gewichtete) Ämternutzenanteil den (gewichteten) Politikverlust, der durch Abweichen von der eigenen Idealposition entsteht, kompensiert oder nicht.
- 12 Tatsächlich wurden auch die insgesamt 14 Kabinettsposten der gegenwärtigen großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP gleichmäßig verteilt, was der proportionalen Aufteilung entspricht.
- 13 Diese Sichtweise beinhaltet, dass zwar Koalitionsverträge eine mögliche künftige Politik umreißen können, dass die exakte Ausgestaltung von Politik jedoch nicht exakt fixiert werden kann. Gestützt wird diese Sichtweise dadurch, dass viele politische Streitfragen bei der Koalitionsbildung noch nicht bekannt sind, sondern erst im Laufe einer Legislaturperiode auftauchen, weswegen sie folglich nicht in einen Koalitionsvertrag ausgehandelt werden können.
- 14 Nutzen über ein legislatives Politikergebnis wird wie oben beschrieben über die negative quadrierte Distanz gemessen. Die einfache negative Distanz führt zu anderen Werten, aber zur gleichen ordinalen Reihenfolge in der Bewertung der Koalitionen für alle Parteien.
- 15 Diese Aussage ist aus sprachlichen Gründen im Indikativ formuliert, sie ist – ebenso wie entsprechend formulierte Aussagen im Folgenden – aber konjunktivistisch zu verstehen. Das heißt, wir behandeln die Parteien so, als ob sie rational den von uns unterstellten Präferenzen gemäß handeln würden, ohne letztendlich zu wissen, ob die Parteien tatsächlich in der hier beschriebenen Weise agieren haben.
- 16 Dies ist dann der Fall, sobald α_i den Wert $u_i^{pol}(C)/(u_i^{pol}(C)-u_i^{off}(C))$ übersteigt (siehe Anhang für die Herleitung).
- 17 In Abhängigkeit ihrer Grade an Ämter- und Politikmotivation (α_i, β_i).
- 18 Der Grad der Politikmotivation β_i ergibt sich mit $\beta_i=1-\alpha_i$ direkt aus dem Grad der Ämtermotivation.
- 19 Extremfälle, die nur bei ausschließlicher Ämtermotivation eine Rolle spielen, diskutieren wir hier

wie im Folgenden nicht, da sie a) nicht das Spannungsfeld zwischen Ämter- und Politikmotivation beschreiben, b) stets schwach dominierte Strategien darstellen und c) bereits in Teilabschnitt 3.1. diskutiert wurden.

- 20 Die Form einer *Beta*-Verteilung wird bestimmt durch zwei Parameter, wobei zweimal der selbe Wert y für die beiden Parameter immer eine symmetrische Verteilung ergibt.
- 21 Die in Tabelle 7 ausgewiesenen und später diskutierten Werte basieren auf der Verteilung *Beta*(3,3)(α). Die Überprüfung der Analyse mittels anderer symmetrischer *Beta*-Verteilungen bestätigt im Wesentlichen die Ergebnisse.

LITERATURVERZEICHNIS

- Austen-Smith, David/Jeffrey Banks* (1988). Elections, Coalitions, and Legislative Outcomes, in: *American Political Science Review*, 82, 405–422.
- Austen-Smith, David/Jeffrey Banks* (1990). Stable Governments and the Allocation of Policy Portfolios, in: *American Political Science Review*, 84, 891–906.
- Baron, David P./Daniel Diermeier* (2001). Elections, Governments, and Parliaments in Proportional Representation Systems, in: *The Quarterly Journal of Economics*, 116, 933–967.
- Brehm, John/Scott Gates* (1993). Donut Shops and Speed Traps: Evaluating Models of Supervision on Police Behavior, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 37(2), 555–581.
- Carruba, Clifford J./Craig Volden* (2000). Coalitional Politics and Logrolling in Legislative Institutions, in: *American Journal of Political Science*, 44, 261–277.
- Debus, Marc* (2005). Annähern oder Distanzieren? Strategische Positionierung von FDP, VdU und FPÖ zwischen 1949 und 2002, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 34(4), 413–430.
- Downs, Anthony* (1957). *An Economic Theory of Democracy*, New York.
- Fishburn, Peter/Steven J. Brams* (1996). Minimal Winning Coalitions in Weighted-Majority Voting Games, in: *Social Choice and Welfare*, 13, 397–417.
- Gamson, William A.* (1961). A Theory of Coalition Formation, in: *American Sociological Review*, 26, 373–382.
- Giannetti, Daniela/Itai Sened* (2004). Party Competition and Coalition Formation: Italy 1994–96, in: *Journal of Theoretical Politics*, Vol. 16(4), 483–515.
- Gill, Jeff* (2002). Bayesian Methods: A Social and Behavioral Sciences Approach, Boca Raton.
- Jenny, Marcelo* (2006). Programme: Parteien im politischen Wettbewerbsraum, in: Herbert Dachs et al. (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 364–388.

- Klingemann, Hans-Dieter et al. (2007). Mapping Policy Preferences II: Estimates for Parties, Electors and Governments in Central and Eastern Europe, European Union and OECD 1990–2003, Oxford.
- Laver, Michael/Kenneth Benoit/John Garry (2003). Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data, in: *American Political Science Review*, Vol. 97(2), 311–331.
- Laver, Michael/Norman J. Schofield (1990). *Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe*, Oxford.
- Linhart, Eric (2006). Ampel, Linkskoalition und Jamaika als Alternativen zur großen Koalition, MZES-Arbeitspapier Nr. 91, Mannheim.
- Luther, Kurt R. (2006). Die Freiheitliche Partei Österreichs und das Bündnis Zukunft Österreich, in: Herbert Dachs et al. (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 364–388.
- Pappi, Franz U./Susumu Shikano (2004). Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002, MZES-Arbeitspapier Nr. 76, Mannheim.
- Riker, William H. (1962). *The Theory of Political Coalitions*, New Haven.
- Schofield, Norman J. (1986). Existence of a ‘Structurally Stable’ Equilibrium for a Non-Collegial Voting Rule, in: *Public Choice*, 51, 267–284.
- Schofield, Norman J. (1993). Party Competition in a Spatial Model of Coalition Formation, in: William A. Barnett et al. (Hg.): *Political Economy. Institutions, Competition, and Representation*, Cambridge, 135–174.
- Schofield, Norman J./Michael Laver (1985). Bargaining Theory and Portfolio Payoffs in European Coalition Governments 1945–83, in: *British Journal of Political Science*, 15, 143–164.
- Schofield, Norman J./Itai Sened (2006). *Multiparty Democracy. Elections and Legislative Politics*, Cambridge.
- Sened, Itai (1995). Equilibria in Weighted Voting Games with Side Payments, in: *Journal of Theoretical Politics*, 7, 283–300.
- Sened, Itai (1996). A Model of Coalition Formation: Theory and Evidence, in: *Journal of Politics*, 58, 350–372.
- Shepsle, Kenneth A./Barry R. Weingast (1984). Uncovered Sets and Sophisticated Voting Outcomes with Implications for Agenda Institutions, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 28(1), 49–74.

- Van Deemen, Adrianus M. (1997). *Coalition Formation and Social Choice*, Boston.
- Von Neumann, John/Oskar Morgenstern (1944). *Theory of Games and Economic Behaviour*, Princeton.

ANHANG

Das notwendige Kriterium dafür, dass eine Partei i einen Anreiz besitzt, in eine Koalition C einzutreten, lautet

$$u_i(C) = \alpha_i u_i^{off}(C) + \beta_i u_i^{pol}(C) \geq 0.$$

Mit $\alpha_i + \beta_i = 1$ folgen:

$$\begin{aligned} \alpha_i u_i^{off}(C) + (1-\alpha_i) u_i^{pol}(C) &\geq 0 \\ \alpha_i (u_i^{off}(C) - u_i^{pol}(C)) + u_i^{pol}(C) &\geq 0 \\ \alpha_i &\geq -u_i^{pol}(C) / (u_i^{off}(C) - u_i^{pol}(C)) \\ &= u_i^{pol}(C) / (u_i^{pol}(C) - u_i^{off}(C)). \end{aligned}$$

AUTOREN

Dr. Eric LINHART (geb. 1976) ist Projektmitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim. Er beschäftigt sich vor allem mit Spiel-, Entscheidungs- und Verhandlungstheorie und deren Anwendung in unterschiedlichen Kontexten wie etwa internationale Verhandlungen oder Koalitionsverhandlungen.

Kontakt: Universität Mannheim, MZES, AB-B, A5, 6, D-68131 Mannheim.

E-mail: eric.linhart@mzes.uni-mannheim.de

Dr. Susumu SHIKANO (geb. 1971) ist Assistent am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I an der Universität Mannheim. Er befasst sich mit verschiedenen Themen in der Wahl- und Koalitionsforschung. Methodisch interessiert er sich vor allem für die Simulationstechniken, die empirisch überprüfbare Implikationen von theoretischen Modellen herleiten, und deren Überprüfung durch Bayesianische Statistik.

Kontakt: Universität Mannheim, Lehrstuhl für Pol. Wiss. I, A5, 6, D-68131 Mannheim.

Email: shikanos@rumms.uni-mannheim.de